CONFERENCE DE SITUATION SEANCE DU MARDI 15 JANVIER 1991

Points forts:

| La crise du Golfe | pages 3 - 5 |
|---------------------------------------|-------------|
| | |

- Die Lage in Litauen und ihre Auswirkungen pages 5 - 6

Divers page 6



CONFERENCE DE SITUATION Le Secrétaire 3003 Berne, le 15 janvier 1991

Rapport de situation de la séance ordinaire de la Conférence de situation du 15 janvier 1991

Vue synthétique

La crise du Golfe

L'éclatement d'un conflit armé au cours des tout prochains jours est vraisemblable.

Zusammenfassung über die Lage in Litauen:

- Die Lage in Litauen ist ernst, jedoch nicht irreversibel.
- Folgen in der UdSSR sind mit Sicherheit zu erwarten; die Machtverhältnisse erscheinen zunehmend undurchsichtiger.
- Durch die Krise könnte das Unterzeichnen der START-Verträge, die Ratifikation der CFE-Verträge und der Deutschlandverträge gefährdet werden.

1. La crise du Golfe

Die letzten Entwicklungen

Der UNO-Generalsekretär konnte Saddam Hussein nicht zum Rückzug aus Kuwait bewegen. Er erklärte vielmehr eine Friedensinitiative von Seiten der USA, die die Kriegsparole ausgegeben hätten. Das irakische Parlament hat am Montag die Haltung Husseins gebiligt, was praktisch einer Kriegserklärung an die internationalen Truppen gleichkommt.

Der jemenische 6-Punkte-Plan, der einen gleichzeitigen Abzug der irakischen und amerikanischen Truppen vorsah, wurde von den USA abgelehnt. Noch unklar ist der Ausgang der französischen Einzelinitiative. Dem eventuellen Besuch Dumas von heute in Bagdad werden kaum noch Chancen eingeräumt. Der Vorschlag Frankreichs sieht eine Absichtserklärung des Iraks vor, sich aus Kuwait zurückzuziehen, den sofortigen anschliessenden Rückzug und deren Ueberwachung durch UNO-Truppen. Dafür solle vom Sicherheitsrat eine Konferenz über das Palästinaproblem durchgeführt werden. Nach neuesten Nachrichten soll dieser Vorschlag von der UNO abgelehnt werden (Widerstand der USA, Grossbritanniens und der UdSSR).

Folgen bei Nichtbeachtung des Ultimatums durch den Irak

Grundsätzlich wäre es möglich, dass sich Hussein im letzten Augenblick zum Rückzug entscheidet. Dies erscheint als wenig wahrscheinlich, lebte er doch bisher hauptsächlich durch den Krieg und für den Krieg.

Wahrscheinlicher ist die Variante, dass Hussein, wenn überhaupt, erst kurz nach dem Verstreichen des Ultimatums, den Rückzug aus Kuwait bekannt gibt.

Das würde immerhin einen Teilerfolg für Hussein bedeuten. In der Oeffentlichkeit könnte er so geltend machen, sich nicht dem UNO-Ultimatum gebeugt zu haben. Gleichzeitig würde sein militärisches Potential - wie auch die zivile Infrastruktur - zu einem guten Teil erhalten (durch den sechsmonatigen Feldeinsatz ist eine erhebliche Beeinträchtigung des militärischen Potentials nicht zu vermeiden).

Dank dem irakischen Rückzug um fünf nach zwölf wäre ein wichtiges Ziel der amerikanischen Politik gefährdet. Das erste stellt die Befreiung und Wiederherstellung des kuwaitischen Staates dar. Das zweite aber, die radikale Ausschaltung Husseins und damit die Vernichtung seines Militärpotentials. Dieses zweite Ziel könnte unter diesen Umständen nur mit der Unterbindung der Lieferung von Rüstungsgütern an den Irak erreicht werden.

Also ist damit zu rechnen, dass die USA innert kürzester Zeit, - falls nicht die Unwahrscheinlichkeit eines irakischen Rückzuges eintrifft - einen Angriff auslösen werden. Zur Zeit sind die Umstände aus militärischer Sicht besonders günstig; da gerade die Neumondphase angebrochen ist und die Wüste durch die eben erfolgten Regengüsse für Fahrzeugbewegungen besonders geeignet ist.

Dazu kommt das Problem, dass die USA ihr enormes Truppenkontingent nicht unbeschränkt im Einsatz haben können. Müssen die Truppen ausgewechselt werden, stünden keine Berufssoldaten mehr sondern lediglich Reservisten zur Verfügung. Zudem unterliegen die irakischen Truppen Abnützungserscheinungen (schlechte Ernährung, logistische Probleme). Unter diesen Umständen ist ein rascher Angriff der Koalition wahrscheinlich.

Falls Israel durch den Irak angegriffen wird, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Israel zurückschlägt. Bei Aegypten würde es dafür wohl Verständnis finden. Unsicher bleiben die Reaktionen Syriens und Saudi-Arabiens für diesen Fall.

4

Israel soll aber bereit sein, auf einen Präventivschlag zur verzichten. Ein Angriff auf Israel wäre für Hussein die einzige Möglichkeit, die gegnerische Allianz aufzubrechen. Ein allfälliger Einbezug Israels in die bewaffnete Auseinandersetzung birgt die Gefahr der Eskalation in sich.

Die gefährlichste Dimension wäre aber weniger der Einbezug Israels in den Krieg als vielmehr eine lange Kriegsdauer, mit grossen Verlusten unter der Zivilbevölkerung und weitreichender Zerstörung ziviler Einrichtungen, mit den entsprechenden enormen Problemen für die Nachkriegszeit.

Als Folge des Kriegsausbruches muss mit <u>Terroranschlägen</u> gerechnet werden. <u>Bis jetzt liegen keine Terrordrohungen gegen die Schweiz vor</u>. Anschläge können aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, da sich die Schweiz am Embargo gegen den Irak beteiligt. Zur Terrorabwehr wurden alle üblichen Massnahmen in verschärftem Masse ergriffen.

Ein Problem in der Abwehr besteht darin, dass die Nachrichtendienste in den Kantonen drastisch reduziert wurden. So können z.B. Observationen praktisch nur noch in Bern, nicht aber in den Kantonen vorgenommen werden.

Eine längere Kriegsdauer hätte beträchtliche wirtschaftliche Folgen: Der Truppeneinsatz der USA kostet pro Monat 2,5 Mia \$. Zu diesen Kosten summieren sich die Unterstützungsbeiträge für die Frontstaaten Jordanien, Aegypten und die Türkei. Für 1991/92 wurden dafür 13-14 Mia \$ veranschlagt. Daraus entsteht eine zusätzliche Vergrösserung des US-Budget-Defizits. Für die Schweiz fiele vor allem die Erhöhung der Erölpreise ins Gewicht. Mit einer Verteuerung bis zum Zweifachen des heutigen Preises müsste gerechnet werden. Grosse Schwankungen des Frankenkurses werden nicht erwartet. Nicht zu unterschätzen wären auch die Kosten für den Wiederaufbau Kuwaits und des Iraks.

Folgen für die Zeit nach dem Krieg

Eine Niederlage des Iraks scheint lediglich eine Frage der Zeit. Im besiegten Irak sowie den proirakischen asiatischen Staaten wird sich das Gefühl der Frustation breit machen. Mit dem Sieg über den Irak wären die grundsätzlichen Probleme in keiner Weise gelöst. Eine Nahostkonferenz müsste einberufen werden. Die Priorität der USA gilt der Sicherheit Israels, die Westeuropas dagegen der Neugestaltung der Beziehungen zur arabischen Welt. Unter diesem Blickwinkel ist dann wohl die französische Friedensinitiative zu sehen. Neben dem Willen, den unvermeidbaren Krieg in letzter Minute noch aufzuhalten, dürfte es Frankreich auch darum gehen, sich eine günstige Ausgangsposition für die Nachkriegszeit zu schaffen.

Im Bereich der Sicherheit hat Baker bereits im September ein NATO-ähnliches Modell für die Golfregion vorgeschlagen, ist damit aber nicht durchgedrungen. Zumindest wäre aber ein Einsatz von UNO-Truppen vorstellbar.

Ein besonderes Problem stellt die Kostenverteilung zur Bewältigung der Golfkrise dar. Den grössten Beitrag leisten die USA, die vermutlich auch die grösste Zahl an Menschenleben zu beklagen haben werden. Die USA werden für die Zukunft eine stärkere Beteiligung der europäischen Partner fordern. Andernfalls dürfte die atlantische Solidarität darunter leiden.

Information der Kantone und der Bundesverwaltung

Neben der regelmässigen Information der Kantone nach den Bundesratssitzungen werden die Kantone jetzt zusätzlich nach Bedarf informiert.

5

Für die Koordination der Information für die Kantone ist die Bundeskanzlei zuständig. Bevor die Informationsdienste der Departemente informieren dürfen, haben sie vorgängig die Bundeskanzlei zu kontaktieren.

Zur Sicherstellung der Information hat die Bundeskanzlei einen ständigen Pikettdienst (24 Stunden pro Tag) eingerichtet.

<u>Für den Fall des Kriegsausbruchs wird neben einer schriftlichen Erklärung auch eine Ansprache des Bundespräsidenten an das Schweizer Volk vorgeschlagen.</u>

2. Die Lage in Litauen und ihre Auswirkungen

Die Lage in Litauen ist ernst, jedoch noch nicht irreversibel. Nach einem ersten brutalen Schlag, der die Menschenrechte klar verletzte, wurden vorerst verheissungsvolle Anzeichen für eine Verbesserung der Lage erkennbar (u.a. die Beteuerung Gorbatschows, nichts von der Aktion gewusst zu haben). Der fehlende Auftritt Gorbatschows vor dem Parlament und die spätere Schuldzuweisung Gorbatschows an die Balten liessen diese positiven Anzeichen jedoch alsbald als trügerisch erscheinen.

Die verantwortlichen Stellen scheinen nun - ähnlich zur Situation in Ungarn 1956 - die Reaktionen abzuwarten. Das weitere Vorgehen wird vornehmlich vom Verhalten des Westens und von B. Jelzin, der bereits unüberhörbar protestiert hat, abhängen.

Beurteilung/Folgerungen:

Der Schlag gegen Litauen hat Folgen sowohl innerhalb der UdSSR als auch auf die Ost-West-Beziehungen:

A. UdSSR

Die derzeitige Machtsituation in der UdSSR ist undurchsichtig und es stellt sich zunehmend die Frage, ob Gorbatschow noch frei entscheiden kann. Eine allgemeine Erstarkung der konservativen Kräfte ist sichtbar. Eine reaktionäre Macht, denen u.a. Jasow, Pugo, Gromow sowie die Spitzen der Armee angehören, gewinnt an Einfluss. Gleichzeitig formieren sich in den Republiken konservative Kreise zu "Kommitees zur Rettung der Republik". Die Gefahr eines generellen Durchgreifens in den Republiken wächst, was wiederum Unruhen in der ganzen UdSSR einleiten würde.

Es wird jedoch nicht angenommen, dass zunehmende Unruhen eine eigentliche Massenflucht in den Westen auslösen würde, da hiezu die Voraussetzungen ungünstig erscheinen (fehlende Tradition, fehlende Transportkapazität).

B. <u>Verhältnis UdSSR - Westen</u>

Das Verhältnis der UdSSR zum Westen - und insbesondere zu den USA - hat durch die Gewalttätigkeiten einen Vertrauensschwund erfahren, doch dürften erst die nächsten Tage Aufschluss über die eigentlichen Konsequenzen geben. Eine kritische Situation würde dann eintreffen, wenn die demokratischen Regierungen in den Republiken eliminiert und durch konservative Kommitees zur Rettung der Republik ersetzt

würden.

6

Eine zunehmende Spannung in den Beziehungen der UdSSR und dem Westen könnte nicht nur die vorgesehene Unterzeichnung des START-Abkommens zwischen den UdSSR und den USA am geplanten Gipfel im Februar gefährden, sondern auch die Ratifikation des CFE-Vertrages und der Deutschland-Verträge in Frage stellen.

Die USA dürften ihrerseits durch die Unruhen in Litauen verstärkt auf eine möglichst rasche Beendigung des Golfkonfliktes drängen, um gegenüber der UdSSR einen grösseren Handlungsspielraum zu erhalten.

Divers

Yougoslavie

Il faut s'attendre à un regain de tension autour du 19 janvier (échéance de l'ultimatum posé à la Croatie). Dans l'ombre de la crise du Golfe, une action militaire pourrait être entreprise afin de remettre au pas la Croatie et, éventuellement, la Slovénie.

Meurtre de deux responsables de l'OLP

Il n'est pas encore possible de dire à qui cet acte est imputable. Vu l'effritement de la position d'Yasser Arafat au sein de la centrale palestinienne, un règlement de comptes ne serait pas à exclure. Une action du Mossad aurait cependant aussi ses raisons, puisque l'une des victimes était mêlée à l'insurrection dans les territoires occupés.

Nul doute que cet événement sera exploité pour monter encore davantage le peuple arabe - surtout palestinien - contre Israël.

6

Présences

Tous les départements et offices concernés étaient représentés à l'exception de l'OFAE. Le col EMG Delafontaine s'est également excusé.

Ont participé en outre à la séance :

- Chef EMG, Cdt de corps H. Häsler
- Col EMG Schärli, AFM
- Col EMG Kühner, bureau SCOS
- Col EMG Nyffenegger, OCD
- M. Maridor, protocole militaire,
- Monsieur Risch, DFI

Prochaines séances

Il a été convenu de tenir des séances extraordinaires restreintes quotidiennes tant que la situation l'exigera. Le DFAE, le DMF, le Chf et l'OCD y prendront régulièrement part, les autres membres participeront au besoin. La première séance aura lieu le mercredi 16 janvier, à 11 heures, dans le bureau du chef GRS, Palais fédéral ouest.

Prochaines séances ordinaires:

Mardi, le 5 février 1991 Mardi, le 5 mars 1991

Approuvé

CONFERENCE DE SITUATION Le Président :

Takinoley

H. Dahinden

CONFERENCE DE SITUATION Le Secrétaire :

I-D Ruch

Annexes:

- 1. Liste des événements importants survenus depuis la séance du 4 décembre 1990
- Liste der Ereignisse Januar/Februar 1991

Destinataires:

Aux membres du Conseil fédéral Au Chancelier de la Confédération et aux autres personnes autorisées